

Alleingang im Sprachunterricht: Landräte üben Kritik am Vorgehen

NIDWALDEN Für eine Änderung im Fremdsprachenunterricht sei es zu früh – finden zwei Kommissionen. Auch wegen der Verfassung.

Die Französisch-Debatte mobilisiert. Nachdem sich der Lehrerinnen- und Lehrerverband gegen die Initiative ausgesprochen hatte, welche an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache erlauben würde, äussern sich nun auch zwei Kommissionen des Landrats zum Thema. Die elfköpfige Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS) sprach sich mit 6 zu 3 Stimmen gegen die Fremdspracheninitiative der SVP aus. Dies im Gegensatz zum Nidwaldner Regierungsrat, der hinter der Initiative steht und sich dafür aussprach, das Französisch in die Oberstufe zu verlagern.

«Einen bildungspolitischen Alleingang erachten wir nicht als klug», sagt Landrat und Kommissionspräsident Leo Amstutz (Grüne, Beckenried). «Die Abkehr vom heutigen System würde zu einer Nidwaldner Insellösung führen, Nidwalden hätte als einziger Zentralschweizer Kanton Französisch erst ab der Oberstufe.» Darunter würde die Attraktivität des Kantons leiden, und den Schülern würde es erschwert werden, trotz bestehender Abkommen an ein ausserkantonales Gymnasium zu wechseln. «Auch würde Nidwalden mit der Verbannung der Landessprache aus der Primarschule ein negatives Zeichen in der übrigen Schweiz setzen.»

Staatspolitische Probleme

Neben fachlichen Zweifeln sieht Leo Amstutz auch staatspolitische Probleme. «Ein solcher Alleingang wäre nur schwer mit der Bundesverfassung zu vereinbaren, welche eine Harmonisierung des Schulwesens fordert. Auch widerspricht die Initiative unseres Erachtens dem

kantonales Volksschulgesetz, welches eine Koordination der Studentafel mit den Kantonen der Zentralschweiz verlangt.»

Er fürchtet bei einem Wildwuchs unter den Kantonen ein Eingreifen des Bundes. «Das würde dann wohl bedeuten, dass Nidwalden kurze Zeit nach der Änderung wieder zum alten System zurück müsste.»



«Ein solcher Alleingang wäre nur schwer mit der Bundesverfassung zu vereinbaren.»

LEO AMSTUTZ,
GRÜNE BECKENRIED

Seiner Meinung nach wäre der Regierungsrat gut beraten gewesen, die SVP-Initiative abzulehnen. «Zumindest hätte er die Ergebnisse der Fremdsprachen-evaluation abwarten sollen, die für den Herbst des kommenden Jahres erwartet wird.»

Falscher Zeitpunkt

Kontrovers wurde die Frage auch in der elfköpfigen Landratskommission für Bildung, Kultur und Volkswirtschaft (BKV) diskutiert. Sie sprach sich mit einer knappen Mehrheit (6 zu 5 Stim-

men) gegen die Initiative aus. «Der Zeitpunkt für eine Systemänderung ist ungünstig, weil man der Diskussion vorgreift», sagt Kommissionspräsident Hans-Peter Zimmermann (CVP, Stans). «Zuerst sollte man die Zentralschweizer Studie zum Fremdsprachenunterricht abwarten, welche in rund einem Jahr vorliegen sollte, bevor man politische Entscheide fällt.»

Es gelte, einen sprachpolitischen Flickenteppich zu vermeiden, und es brauche eine kantonsübergreifende Koordination. Ungünstig erachtet Hans-Peter Zimmermann darum auch die Haltung der Nidwaldner Regierung, das Französisch bereits jetzt in der Primarschule abzuschaffen und in der Oberstufe auszubauen. Er bedauert, dass die Sprachendiskussion zu einer für oder gegen das Frühfranzösisch geworden ist. «Darum geht es ja in der Initiative nicht. Sie verlangt lediglich, nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule zu unterrichten – das kann Englisch oder Französisch sein. Für eine solche Frage sind wir durchaus offen, aber erst, wenn die Ergebnisse der Evaluation vorliegen», hält Hans-Peter Zimmermann fest.

Für Beat W. Zemp, Präsident der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, würde sich Nidwalden mit der Abschaffung des Französischunterrichts ins nationale Abseits stellen, erklärte er kürzlich an der Versammlung des Lehrerinnen- und Lehrerverbands Nidwalden.

Bei Annahme gehts an die Urne

Nun befindet der Landrat an seiner nächsten Sitzung vom 22. Oktober über die Initiative. Lehnt er sie ab, kommt die Vorlage am 8. März 2015 vor das Nidwaldner Stimmvolk. Nimmt das Parlament die Initiative an, haben die Stimmbürger 60 Tage Zeit, das Referendum zu ergreifen, andernfalls wird die Initiative umgesetzt.

Leo Amstutz ist überzeugt, dass es in Anbetracht des grossen Widerstands zum Referendum kommen würde.